

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

1. Tagung des 3. Landesparteitages
13./14. August 2011, Stadthalle Rostock

Beschluss über den Bericht der Landesschatzmeisterin

Bericht zur finanzpolitischen Arbeit

Die Bundesfinanzordnung der Partei DIE LINKE regelt, dass die Vorstände der Partei für die Einhaltung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Finanzen sowie für die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel verantwortlich sind.

Der vorliegende Bericht entspricht dieser Regelung und wird die Entwicklung der vergangenen Legislatur zusammenfassen und auf Tendenzen hinweisen.

Laut Parteiengesetzes hat der Landesvorstand öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2009 und 2010 gelegt. Die Rechenschaftsberichte beider Jahre wurden von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer testiert. Der Abschluss der Partei DIE LINKE. Mecklenburg- Vorpommern für das Jahr 2009 wurde bestätigt, die Bestätigung für 2010 steht noch aus. Die Ursachen für die Verzögerung dieser Bestätigung liegen nicht in unserem Landesverband.

Im Jahresabschluss 2009 bestätigt der Wirtschaftsprüfer „Normen, wie z.B. Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung werden in sehr korrekter und ordentlicher Weise eingehalten.“ Hervorgehoben wird im Bericht, dass die Finanzrevisionen sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Abläufe im Bereich Finanzen positiv auswirken und stärker auch bei der Entwicklung eines Frühwarnsystems wirken müssen. Im Auswertungsgespräch zum Jahresabschluss wurden diese Beurteilungen und Tendenzen wiederholt bestätigt.

Wichtige Ergebnisse der Rechenschaftslegungen 2009 und 2010:

Die Gesamteinnahmen übersteigen die Gesamtausgaben im Jahr 2009 um 4.377 € und im Jahr 2010 um 92.272 €.

Dabei erreichen wir ca. 72 % der Gesamteinnahmen über Mitgliedsbeiträge und 17 % aus Spenden und Mandatsträgerbeiträgen.

Im Jahr 2009 haben 5.684 Mitglieder insgesamt 912.370 € Beiträge für DIE LINKEN erbracht. Im Jahr 2010 haben 5.417 Mitglieder insgesamt 891.999 € Beitrag gezahlt.

Für das Jahr 2009 bedeutet das Beitragseinnahmen in Höhe von 13,38 € pro Mitglied und Monat. Für 2010 wurden 13,72 € pro Mitglied pro Monat eingenommen.

Festzustellen ist, dass die einzelnen Kreisverbände hier sehr unterschiedliche Ergebnisse erzielt haben (Tabelle 1)

In jedem der beiden Abrechnungsjahre waren zum Abschluss mehr als 350 Mitglieder mit ihrem Beitrag länger als ein halbes Jahr im Verzug. Zum Jahresabschluss 2010 hatten 264 Mitglieder seit mehr als einem Jahr keinen Beitrag gezahlt.

Hier müssen wir stärker darauf einwirken, dass die Mitgliederzahlen in allen Kreisverbänden regelmäßig aktualisiert werden und mit säumige Mitglieder entsprechend der Satzung verfahren wird. 65,7% unserer Mitglieder entrichteten 2010 ihren Beitrag im Lastschriftverfahren.

Zur Absicherung regelmäßiger monatlicher Einnahmen der Kreisverbände und Vermeidung von Beitragsverzug ist diese Form der Beitragsentrichtung weiter zu forcieren.

Spenden und Mandatsträgerbeiträge bestimmen ebenfalls unsere Einnahmesituation ganz entscheidend. 2009 erzielten wir Spenden in Höhe von 191.403 €; davon 63.074 € für den Wahlkampf. Im Folgejahr waren es 105.058 €. Im Rechenschaftsbericht 2009 werden 19 juristische Personen und 2010 werden 3 juristische Personen mit ihren Spenden namentlich aufgeführt. Die Mandatsträgerbeiträge betragen 107.621,- € im Jahr 2009 und 109.899,- € im Jahr 2010. Alle Landtagsabgeordneten entrichten ihren Mandatsträgerbeitrag gemäß Vereinbarung und spenden darüber hinaus in Kreisverbänden. Helmut Holter wird namentlich im Rechenschaftsbericht genannt; mit 11.370,- € Spenden.

Mitgliedsbeiträge für die Europäische Linke haben wir im Jahr 2009 von 2.276 Mitglieder in Höhe von 18.825 € von eingenommen; im Jahr 2010 haben wir 17.706,- € von 2.139 Mitgliedern erzielt und entsprechend der Finanzordnungen an den Bundesverband abgeführt.

Die Gesamteinnahmen im Jahr 2009 in Höhe von 1.776.438 € und im Jahr 2010 in Höhe von 1.562.265 € schließen neben den Beiträgen und Spenden auch Einnahmen aus damit verbundener Tätigkeit, staatliche Mittel aus dem Wählerstimmenanteil der Landtagswahl; sonstige Einnahmen und innerbetriebliche Verrechnungen ein.

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2009 auf insgesamt 1.772.061 € und im Jahr 2010 auf 1.469.993 €. Für die weiteren Auswertungen im Finanzbericht wurden durchlaufende Positionen ausgerechnet (staatliche Mittel und Verrechnungen der Lastschrifteinahmen). Demnach haben wir im Jahr 2009 ca. 53 % für Personalkosten, 28 % für politische Arbeit und Wahlkampf und 19 % für den laufenden Geschäftsbetrieb ausgegeben.

Das in der Partei tätige Personal wird auf der Grundlage eines Stellenplanes eingesetzt. Im Jahr 2010 waren 25 Genossen und Genossinnen in unsere Partei hauptamtlich beschäftigt, davon 32 % in Vollzeit. 3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nutzen die Möglichkeit der Altersteilzeitmodell.

Beim Geschäftsbetrieb sind die Ausgaben etwa auf dem Niveau der Vorjahre geblieben. Die Kosten von 271.283 € bzw. 282.871 € beinhalten vor allem Mieten und deren Nebenkosten, Bürobedarfe, Reparaturen oder Anschaffungen.

Unterstützend wirken hier Geschäftsbesorgungsverträge mit Abgeordneten und Fraktionen aus Kreistagen und Stadtfractionen für die Unterhaltung der Geschäftsstellen. Ein direkter Kostenvergleich der Kreisverbände gestaltet sich deshalb schwierig, da die Einnahmen (sonstige Einnahmen) dieser Verträge gegen die Geschäftsbetriebskosten gerechnet werden müssen. 2010 umfassten diese Einnahmen insgesamt 55.132 €.

Für die politische Arbeit und den Wahlkampf wurden im Jahr 2009 insgesamt 401.412€ verwendet. 2010 umfasste diese Position 149.178€. Diese Unterschiede lassen erkennen, dass Wahlkämpfe auch einen großen finanziellen Rahmen in unserer Arbeit beanspruchen und wir in wahlfreien Jahren entsprechende Rücklagen dafür bilden müssen, was 2010 auch planmäßig umgesetzt wurde.

Die Zuschüsse aus dem so genannten Kreisfinanzausgleich- gezahlt aus dem Budget der Landesgeschäftsstelle- haben sich in den zu betrachtenden Wirtschaftsjahren sehr unterschiedlich entwickelt. Im Jahr 2009 haben 6 Kreisverbände (DBR, MSP, NVP, PCH, PUR, RÜG) einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 39.460 € erhalten. Im Folgejahr haben die Kreisverbände Bad Doberan, Nordvorpommern und Peene-Uecker-Ryck diese Unterstützung in Höhe von 14.624 € erhalten. Gleichzeitig hat der Kreisverband Rostock den Kreisverband Bad Doberan finanziell unterstützt.

Die landesweit tätigen Zusammenschlüsse, Kommissionen und Gremien des Landesverbandes haben im Rahmen der Finanzpläne finanzielle Mittel für ihre politische Arbeit erhalten. Dabei wurden besondere politische Aktivitäten berücksichtigt und Schwerpunkte finanziert. Im Jahr 2009 haben wir hierfür 9.046 € eingesetzt und im Jahr 2010 insgesamt 12.735 €. Die Mehrzahl der LAGs hat das für sie bestimmte Budget eingehalten bzw. Überschreitungen der Planzahlen wurden in der Regel durch

zusätzliche Spendeneinnahmen kompensiert. Zukünftig muss stärker darauf geachtet werden, dass Überschreitungen der Planzahlen ohne zusätzliche Spendeneinnahmen grundsätzlich vermieden werden.

Der Jugendverband hat zur Unterstützung seiner Arbeit 2010 insgesamt 16.233 € finanzielle Mittel erhalten, die er vor allem für die Verbands- und Bildungsarbeit eingesetzt hat. Da die Jugendorganisation laut Parteiengesetz weder rechtlich noch organisatorisch Teil der Partei ist, sind deren Einnahmen und Ausgaben nicht im Rechenschaftsbericht enthalten. Wir können feststellen, dass abrechnungstechnische Probleme aus Vorjahren erfolgreich ausgeräumt werden konnten.

Dem Rechenschaftsbericht kann entnommen werden, dass im Jahr 2010 die Kreisverbände Bad Doberan, Güstrow, Mecklenburgische Seenplatte und Rügen ein negatives Ergebnis in der Einnahmen-Überschuss-Rechnung erzielten; obwohl zum Teil auch Mittel aus dem Kreisfinanzausgleich geflossen sind.

Alle anderen Kreisverbände verfügen über einen ausgeglichenen Haushalt bzw. haben einen Überschuss erwirtschaftet, der vor allem zur Ansparung des Wahlkampfonds genutzt wird. Sehr gute (überdurchschnittliche) Ergebnisse im Bereich der Beitragseinnahmen erzielten die Kreisverbände Rostock, Schwerin und Wismar. Im Kreisverband Parchim und Wismar wurden deutlich mehr Spenden pro Mitglied eingenommen als im Durchschnitt des Landes und die Kreisverbände Parchim, Rostock, Schwerin und Stralsund zeichnen sich durch sehr hohe Mandatsträgerbeiträge aus.

Ausgabenseitig schlagen vor allem nicht planbare Wahlkampfkosten (z.B. Wismar) zu Buche. Leider mussten im vergangenen Jahr einige Kreisverbände zusätzliche Mittel für die Reparatur von Geschäftseinrichtungen bereit halten, da Fensterscheiben und Fassaden von Büros zerstört wurde. In allen betroffenen Kreisverbänden zeichnete sich aber gleichzeitig eine zusätzliche Spendenbereitschaft ab, um die Verluste möglichst gering zu halten.

Der Landesvorstand ist seiner finanzpolitischen Verantwortung in hohem Maße gerecht geworden und hat sich zu jeder Sitzung mit der finanziellen Situation innerhalb der Partei befasst, sowie ausgehend vom Finanzplan die Einnahmen und Ausgaben kontrolliert.

Der Landesfinanzrat, die Landesfinanzrevisionskommission und die Kreisfinanzrevisionskommissionen sind ihre Verantwortung ebenfalls in vollem Umfang gerecht geworden, so dass die Rechenschaftsberichte der Jahre 2009 und 2010 ohne Beanstandungen erstellt werden konnten. Hier gilt es, auch zukünftig durch fachgerechte Weiterbildung den ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen das notwendige Rüstzeug an die Hand zu geben.

Auch der Landesausschuss ist seinen Aufgaben bezüglich der finanziellen Obliegenheiten verlässlich und gewissenhaft nachgekommen. Er hat an der Erarbeitung der Finanzpläne mitgewirkt und die Beschlussfassung gesichert.

Einige kurze grundsätzliche Bemerkungen und Tendenzen:

Beim Parteivorstand wurde 2010 ein onlinefähiges Mitgliederprogramm entwickelt und seit Januar 2010 in der Partei eingesetzt. Trotz einiger Anlaufschwierigkeiten arbeitet die Mehrzahl der Kreisverbände inzwischen stabil mit diesem Programm.

Die gute Zusammenarbeit mit allen Kreisvorständen und dem Landesfinanzrat sowie die kritische Begleitung durch die Landesfinanzrevisionskommission machten es möglich, die Herausforderung auf dem Gebiet der Finanzarbeit zu bewältigen.

Unser Landesverband realisierte eine eigenfinanzierte Arbeit.

Die Grundforderung der Finanzordnung – die laufenden Ausgaben durch Einnahmen zu decken und nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zuzulassen- wird und wurde eingehalten.

Jetzt gilt es Entscheidungen vorzubereiten, die den zukünftigen Tendenzen Rechnung tragen.

In Auswertung der Mitgliederentwicklungen der vergangenen 2 Jahre müssen wir feststellen, dass uns 155 Mitglieder im Jahr 2009 verlassen haben und im Jahr 2010 sank der Mitgliederbestand um 267 Mitglieder. (Tabelle 1). Derzeit haben wir in unserem Landesverband ein Durchschnittsalter von 67,86

Jahren; mehr als 50 % unserer Mitglieder sind über 70 Jahre alt. Der Rückgang der jährlich zu kalkulierenden Beitrags- und Spendeneinnahmen beträgt somit jährlich ca. 35.000,- €.

Um die im Jahr 2008 festgelegten Prämissen: die ausreichende Finanzierung politischer Schwerpunkte, die Eigenfinanzierung von Landesverband und Kreisverbänden und das ausgewogene Verhältnis zwischen Landesgeschäftsstelle und Kreisverbänden auch zukünftig umzusetzen, gilt nach wie vor:

die Einnahmen vor allem durch satzungsgerechten Beitrag und Spenden von Mitgliedern, Sympathisanten, Abgeordneten und Kommunalvertretern zu sichern, die Ausgaben regelmäßig zu kontrollieren und zu hinterfragen, um transparente Aussagen zu jeder Ausgabe zu treffen und mögliche Einsparungen vorzunehmen.

Es bedarf der Anstrengungen aller Genossinnen und Genossen, um eine flächendeckende, personell und materiell abgesicherte Präsenz unserer Partei im gesamten Bundesland zu gewährleisten. Vorhandene Strukturen zu analysieren, begonnene Strukturveränderungen weiter voranzutreiben und neue tragfähige Konzepte für die politische Arbeit zu entwickeln, die auch langfristig den Bestand und das Handeln unserer Partei sichern, das wird jetzt Aufgabe des neuen Landesvorstandes sein.